



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Ausgabe vom 17.01.2008

Herzliche Grüße für ein "Super-Jahr"

Liebe Leserinnen und Leser,
für 2008 wünsche ich Ihnen Glück,
Gesundheit und Erfolg! Auch in
diesem Jahr werde ich Sie gerne über
die neuesten Entwicklungen im
Europaparlament auf dem Laufenden
halten. In der nächsten Zeit gibt es in
der EU viel zu tun: Es müssen noch
eine Menge "Hausaufgaben" erledigt
werden, bevor 2009 die Europawahlen
anstehen und eine neue EU-
Kommission gewählt wird. Große
Veränderungen im Institutionengefüge
der EU sieht auch der Vertrag von
Lissabon vor, der noch von den
Mitgliedstaaten ratifiziert werden
muss. Parlamentspräsident Hans-Gert
Pötering erklärte deshalb auch das
Inkrafttreten des Vertrags zur "Priorität
der Prioritäten" für das EP im
kommenden Jahr. Der Bundestag
entscheidet im Juni, Ungarn, unser
Vorreiter, hat bereits 2007 ratifiziert.
Bleiben Sie mit mir am Ball – neugierig
sein lohnt sich!

Verlagerung von Nokia-Werk sorgt für Wirbel

Die Verlagerung eines Werkes des
Handyherstellers Nokia von Bochum
nach Rumänien sorgt für Aufregung in
Deutschland. Kommissionspräsident
Barroso schloss gestern vor den
Abgeordneten in Straßburg aus, die
Verlegung mit EU-Geldern zu
unterstützen.

Slowenien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2008 hat Slowenien die
EU-Ratspräsidentschaft von Portugal
übernommen. Es ist damit das erste
der 2004 beigetretenen mittel- und
osteuropäischen Länder, das diese
wichtige Funktion als Vorsitzender des

Gremiums der Mitgliedstaaten
einnimmt. Slowenien wird oft als
"Musterschüler" unter den neuen
Mitgliedsländern bezeichnet: Das
kleine Land zwischen Alpen und Adria,
das nur 2 Mio. Einwohner zählt, hat zu
einer stabilen Demokratie gefunden,
die Wirtschaft wächst stetig, vor einem
Jahr wurde der Euro eingeführt. Am
Mittwoch hat Premierminister Janez
Janša das Programm für die
kommenden sechs Monate vor dem
Plenum vorgestellt. Als besondere
Priorität hob er erwartungsgemäß das
Vorbringen des Vertrags von
Lissabon hervor, das für ihn
entscheidende Bedeutung habe. Ziel
sei es, dass der Vertrag bis Ende des
Jahres ratifiziert werde. Deshalb
arbeite man bereits jetzt eng mit
Frankreich zusammen, damit dem
Inkrafttreten nichts im Wege stehe.
Einen zweiten Schwerpunkt legte
Janša auf die Rolle der EU als
"Globalem Spieler". Themen seien hier
vor allem der Erweiterungsprozess auf
dem Balkan und die Zukunft des
Kosovo. Auch die Reform der UN, den
Kampf gegen die Armut, die
Bekämpfung des Klimawandels und
den interkulturellen Dialog nannte der
Premierminister als Prioritäten.

Parlament gegen Abblendlicht bei Tag

CARS 21 lautet der Name einer
hochrangigen Expertengruppe von
Politikern, Unternehmensvertretern
und Lobbyisten, die sich Gedanken
über die Autobranche der Zukunft
macht. Am Dienstag hat das Parla-
ment Position zu den Empfehlungen
von CARS 21 für die künftige Politik im
Automobilsektor bezogen. Von beson-
derer Bedeutung seien der Abbau
unnötiger Bürokratie sowie ein
effektiver Wettbewerb bei Kfz-
Ersatzteilen, -service und -reparatur.
Die Abgeordneten drängten auf

realistische Vorgaben bei den CO₂-
grenzwerten für PKW, eine Abstufung
nach Gewichtsklassen und einen
fairen Zeitplan. Sie sprachen sich für
das Startdatum 2015 aus. Die
Kommission möchte bereits 2012
verbindliche Limits einführen. Dieser
Vorschlag wurde nun mit einer großen
Mehrheit von 607 zu 76 Stimmen
abgelehnt. Damit verhindert das
Parlament eine industriefeindliche
Regelung, die nur der Konkurrenz
außerhalb Europas dient. Das ist
gerade für die starke deutsche
Automobilindustrie wichtig. Die
Abgeordneten befürchten, dass viele
Arbeitsplätze gefährdet würden, wenn
die europäischen Hersteller die
Grenzwerte bereits ab 2012 einhalten
müssten. Die CDU/CSU-Gruppe wehrt
sich außerdem gegen eine
Benachteiligung deutscher Hersteller
von Oberklassefahrzeugen: Vielmehr
soll jede Fahrzeugkategorie relativ zu
ihrer Bedeutung zur Senkung des
CO₂-Ausstoßes beitragen. Des
Weiteren spricht sich das EP dagegen
aus, Abblendlicht bei Tag zwingend in
der ganzen EU vorzuschreiben.

Neue Richtlinie zu Krediten stärkt Verbraucherrechte

Zukünftig soll es für Verbraucher in der
EU erheblich einfacher werden, unter
den zahlreichen unterschiedlichen
Angeboten an Krediten das für sie
günstigste Produkt herauszufinden.
Die vom Europaparlament verab-
schiedete Verbraucherkredit-Richtlinie
sieht nämlich einige neue Rechte für
Kreditnehmer vor. Sie gilt für Kredite
zwischen 200 und 75.000 EUR und
soll für einen transparenteren und
effizienteren Kreditmarkt bei
gleichzeitig hohem Verbraucherschutz-
niveau sorgen. Den Konsumenten
soll ermöglicht werden, Kreditkonditionen
in verschiedenen
Ländern einfacher zu vergleichen und

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

beim grenzüberschreitenden Vertragsabschluss größere Rechtssicherheit zu haben. Festgeschrieben sind u.a. ein 14-tägiges Rücktrittsrecht für den Kreditnehmer sowie ein europaweit einheitliches Standardformblatt mit den wichtigsten Informationen, wie etwa dem effektiven Jahreszins, der die Gesamtkosten eines Kredits widerspiegelt. Bei der vorzeitigen Rückzahlung eines Kredits wird die Entschädigung für den Kreditgeber standardmäßig auf 1 % der Resttilgung begrenzt. Keinesfalls darf die Entschädigung den Betrag der entgangenen Zinszahlungen überschreiten. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie nun innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten umsetzen.

Neues Entgeltsystem für 67 EU-Flughäfen

Mit großer Mehrheit hat das EP am Dienstag die Richtlinie zu Flughafenentgelten angenommen, die den eventuellen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Flughäfen unterbinden soll. Die Richtlinie legt eine Informationspflicht für Flughäfen sowie ein einheitliches und transparentes Verfahren zur Berechnung der Gebühren fest. Diese werden zukünftig stärker durch die Kosten der bereitgestellten Infrastrukturen und Dienste gerechtfertigt sein müssen. Zudem müssen Flughäfen die Fluggesellschaften nun bei der Festsetzung von Gebühren umfassend konsultieren. Die Kommission wollte die neuen Regeln auf Flughäfen mit jährlich mehr als 1 Mio. Fluggästen oder mehr als 25.000 t Luftfracht anwenden. Dies hat das Parlament abgelehnt und den Anwendungsbereich auf das notwendige Maß beschränkt: Betroffen sein sollen nun Flughäfen mit mehr als 5 Mio. Passagieren oder einem Fluggast-

aufkommen von mindestens 15 % des jeweiligen Landes. Das sind in Deutschland Berlin-Schönefeld, Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln/Bonn, München und Stuttgart. Dass die Regelungen richtig Anwendung finden, soll eine unabhängige, jeweils von den Mitgliedstaaten eingerichtete Regulierungsbehörde sicherstellen.

Großmufti von Syrien zu Gast im Europaparlament

Das "Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008" wurde im Parlament durch eine feierliche Sitzung mit dem Großmufti von Syrien, Sheikh Ahmad Badr Al-Din Hassoun, eröffnet. Dieser beschwor in seiner Rede eindringlich die Einheit aller Menschen jenseits von Religion und Herkunft und verurteilte Gewalt im Namen einer Religion. Einen "heiligen Krieg" gebe es nicht. "Nur der Friede ist heilig", rief der Großmufti den Abgeordneten zu. Er schilderte seine Heimat Syrien als ein Land, in dem Menschen verschiedenster Religionszugehörigkeit in beispielhafter Weise zusammenleben. Auch zur Stellung der Frauen äußerte sich der Geistliche: "Die Frau wird von den Menschen und nicht den Religionen unterdrückt". Begleitet wurde der Großmufti bei seinem Besuch unter anderem von dem katholischen Bischof Antoine Odo.

Besserer Schutz vor Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen

Ob Krebs durch Asbest, Hepatitis C, Verletzungen an Werkzeugen – etwa 167.000 Menschen starben 2006 in der EU durch Arbeitsunfälle oder arbeitsbedingte Krankheiten, schätzt die Internationale Arbeitsorganisation. In einem am Dienstag verabschiedeten Bericht bedauert das

Parlament, dass die Kommission sich keine Ziele für die Verringerung von Berufskrankheiten wie arbeitsbedingten Krebserkrankungen setzt. Die Abgeordneten forderten außerdem erneut dazu auf, die Richtlinie über den Schutz vor den Risiken biologischer Arbeitsstoffe abzuändern, um Arbeitnehmer besser vor einer Ansteckung mit Krankheiten zu schützen, die durch Blut übertragen werden. Vor allem Arbeitnehmer, die im Gesundheitsbereich tätig sind und mit Nadeln und scharfen medizinischen Gegenständen arbeiten, könnten sich mit mehr als zwanzig verschiedenen lebensbedrohlichen Viren infizieren – darunter Hepatitis C und HIV/Aids. Zudem sollten die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne für eine schrittweise Beseitigung von Asbest erstellen.

Gemeinsame EU-Strategie für Kinderrechte

Am 19. Oktober 2007 hat die Regierungskonferenz beschlossen, im Vertrag von Lissabon eine neue Rechtsgrundlage für Kinderrechte zu schaffen. Die Abgeordneten forderten ein Europäisches Frühwarnsystem für Kindesentführungen und eine EU-weite Hotline für Hilfe suchende Kinder, die kostenlos und 24 Stunden am Tag verfügbar sein soll. Abgelehnt hat das Parlament trotz der Unterstützung durch die CDU/CSU-Gruppe einen Antrag, der den Mitgliedstaaten "mit Nachdruck" empfahl, ein Verbot von Kopftuch und Hijab mindestens in der Grundschule zu erlassen, um das Recht, Kind sein zu dürfen, stärker festzuschreiben. Informationen über Kinderrechte sollen zudem auf kindgerechte Art, beispielsweise mit einer Website, vermittelt werden. Weiter ruft das EP zu einem aktiven Kampf gegen jede Art der Ausbeutung und des Missbrauchs von Kindern auf.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu